

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

14. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 28. November 1961	Nummer 127
--------------	---	------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
2103	6. 11. 1961	RdErl. d. Innenministers Ausführungsanweisung zur Ausländerpolizeiverordnung; hier: Ergänzung und Änderung	1752
22306	30. 10. 1961	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Vergütungssätze für die Erteilung nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterrichts an den Höheren Fachschulen für Sozialarbeit (Wohlfahrtsschulen)	1752
923	7. 11. 1961	Straßenbahn-, Obusverkehr, Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG und Sonderformen des Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 43 PBefG; hier: 1. Auslegung des Begriffs „Ausgangspunkt“ im Sinne des § 11 Abs. 3 PBefG 2. Herstellung des Einvernehmens bei die Landesgrenzen überschreitenden Verkehren (§ 11 Abs. 4 PBefG)	1752

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
	Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei Personalveränderung	1753
	Innenminister Personalveränderung	1753
	Finanzminister 6. 11. 1961 RdErl. — Besoldungsrechtliche Bewertung der DM-Ost	1753
	Arbeits- und Sozialminister, Innenminister, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr 31. 10. 1961 Gem. RdErl. — Durchführung des 6. Abschnitts des Jugendarbeitsschutzgesetzes; hier: Ausgabe von Untersuchungsberechtigungsscheinen für ärztliche Untersuchungen nach §§ 45 und 48 JArbSchG	1753
	Arbeits- und Sozialminister 6. 11. 1961 Mitt. — Aufstellung über die vom Arbeits- und Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem 1. Oktober 1961 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 1. November 1961	1758
	Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten 6. 11. 1961 RdErl. — Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten	1764
	Hinweis Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 22 v. 15. 11. 1961	1770

I.

2103

**Ausführungsanweisung
zur Ausländerpolizeiverordnung;
hier: Ergänzung und Änderung**

RdErl. d. Innenministers v. 6. 11. 1961 —
I C 3/13 — 43.41

Die Ausführungsanweisung zur Ausländerpolizeiverordnung vom 2. 4. 1957 (SMBl. NW. 2103) wird wie folgt ergänzt und geändert:

1. In Abschn. A Nr. 2 Abs. 3, Zeile 2, wird „Anlage 3“ in „Anlage 2“ geändert.
2. In Abschn. B Ziff. III „Zu § 2“ Nr. 1 werden folgende Absätze angefügt:
„Ausländer, die ohne Sichtvermerk in die Bundesrepublik eingereist sind, obschon sie für die Einreise eines solchen bedurften, dürfen nicht an deutsche Vertretungen — Sichtvermerksbehörden — im Ausland zwecks Beantragung eines Sichtvermerks verwiesen werden. Die Sichtvermerksbehörden im Ausland sind angewiesen, in solchen Fällen keine Sichtvermerke zu erteilen. Die Ausländerbehörde hat zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach Nr. 2 gegeben sind. Verneinendenfalls ist die Rückkehr des Ausländers in sein Herkunftsland zu veranlassen.
Auf das RdSchr. des Bundesministers des Innern vom 7. 5. 1955 (GMBl. S. 154) wird hingewiesen.“
3. In Abschn. B Ziff. III „Zu § 6“ wird der Nummer 2 folgender Absatz angefügt:
„Die Eintragung des Aufenthaltsverbotes oder sonstiger Vermerke in ausländische Personalausweise, z. B. in französische Cartes d'Identité, ist unzulässig. Falls ein Ausländer nicht im Besitz eines Passes ist, verbleibt es bei der Aushändigung der den Aufenthalt verbietenden schriftlichen Verfügung.“
4. In Abschn. B Ziff. III „Zu § 7 Abs. 4 u. 5“ wird in Nr. 3, Buchstabe m, Zeile 5 die Zugbezeichnung „F 9“ gestrichen.
5. Die Überschrift zu Abschn. D wird wie folgt geändert:
„Zusammenarbeit der Ausländerbehörden mit dem Bundesverwaltungsamt — Ausländerzentralregister — in Köln, Am Rudolfplatz (Hochhaus), Tel. Nr. 23 38 21.“
6. In Abschn. E werden die Nummern 1 und 2 gestrichen. An ihre Stelle tritt folgender Text:
„Anstelle der Verordnung über ausländische Arbeitnehmer vom 23. Januar 1933 (RGBl. I S. 26) ist mit Wirkung vom 1. Januar 1960 die Neunte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Arbeitserlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer) vom 20. November 1959 (BGBl. I S. 689) getreten.
Die Mitteilung des Arbeitsamtes über die Erteilung, Versagung oder den Widerruf der Arbeitserlaubnis ist zu der Personalakte des Ausländers zu nehmen. Dem Arbeitsamt ist Mitteilung zu machen, wenn
a) die Aufenthaltserlaubnis eines ausländischen Arbeitnehmers gemäß § 4 AuslPolVO erloschen und eine neue Erlaubnis nicht beantragt ist,
b) der Aufenthalt gemäß § 5 AuslPolVO verboten wurde,
c) ein ausländischer Arbeitnehmer
aa) die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat,
bb) verstorben ist,
cc) aus seiner bisherigen Wohngemeinde verzogen ist.“
7. Nach Abschn. E wird folgender Abschn. F angefügt:

„F

Aktenverwaltung

Die Ausländerpersonalakten sind vom Beginn des auf den Abschluß der Akten folgenden Jahres an 10 Jahre lang aufzubewahren.“

— MBl. NW. 1961 S. 1752.

22306

Vergütungssätze für die Erteilung nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterrichts an den Höheren Fachschulen für Sozialarbeit (Wohlfahrtsschulen)

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 30. 10. 1961 —
IV B 4 — 6924.3

Die Vergütungssätze für die Erteilung nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterrichts an den Höheren Fachschulen für Sozialarbeit (Wohlfahrtsschulen) werden im Einvernehmen mit dem Kultusminister, dem Finanzminister und dem Innenminister mit Wirkung vom 1. September 1961 je Einzelstunde wie folgt neu festgesetzt:

- | | |
|---|----------|
| 1. für Lehrer mit Lehrbefähigung, deren Eingangsstelle im Hauptamt zur Laufbahn des höheren Dienstes gehört | 10,80 DM |
| 2. für Lehrer mit Lehrbefähigung für das Handels- und Gewerbelehramt,
für Lehrer mit Lehrbefähigung für das Amt eines Gartenbauoberlehrers und Landwirtschaftslehrers,
für Religionslehrer mit abgeschlossener theologischer Ausbildung | 9,75 DM |
| 3. für Lehrer mit sonstiger Lehrbefähigung, deren Eingangsstelle im Hauptamt zur Laufbahn des gehobenen Dienstes gehört | 8,65 DM |
| 4. für Lehrer mit sonstiger Lehrbefähigung, deren Eingangsstelle im Hauptamt zur Laufbahn des mittleren Dienstes gehört | 7,05 DM |
| 5. a) für sonstige Lehrer, deren Vorbildung der der unter Ziffer 1 bezeichneten Personen entspricht | 10,80 DM |
| b) für sonstige Lehrer [ohne a)], deren Vorbildung der des gehobenen Dienstes entspricht | 7,60 DM |
| c) für sonstige Lehrer [ohne a) und b)] | 6,50 DM |

Der Bezugsverlaß wird aufgehoben.

Ich bitte, diesen RdErl. den Trägern der Höheren Fachschulen für Sozialarbeit und den Höheren Fachschulen für Sozialarbeit gesondert bekanntzugeben.

Bezug: RdErl. v. 13. 5. 1960 — (MBl. NW. S. 1431/SMBl. NW. 22306).

An die Regierungspräsidenten.

— MBl. NW. 1961 S. 1752.

923

**Straßenbahn-, Obusverkehr,
Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG
und Sonderformen des Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 43 PBefG;**

hier: 1. Auslegung des Begriffs „Ausgangspunkt“ im Sinne des § 11 Abs. 3 PBefG

2. Herstellung des Einvernehmens bei die Landesgrenzen überschreitenden Verkehren (§ 11 Abs. 4 PBefG)

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 7. 11. 1961 — V D 4 — $\frac{32-00}{31-00}$ — 65:61

Für den Fall, daß ein Straßenbahn-, Obusverkehr oder Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen in den Bezirken mehrerer Genehmigungsbehörden desselben Landes betrieben werden soll, ist nach § 11 Abs. 3 PBefG die Genehmigungsbehörde für die Erteilung der Genehmigung zuständig, in deren Bezirk die Linie ihren Ausgangspunkt hat. Der Begriff „Ausgangspunkt“ ist im Gesetz nicht erläutert.

Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Anwendung der Bestimmungen des Personenbeförderungsgesetzes durch die Verwaltungsbehörden haben der Bundesminister für Verkehr und die Bundesländer folgendes vereinbart:

Ausgangspunkt der Linie im Sinne des § 11 Abs. 3 PBefG ist der Ort, an dem nach dem Fahrplan die erste Fahrt beginnt; beginnen die Fahrten aus beiden Richtungen zu gleicher Zeit, so ist der Ausgangspunkt nach der Nominierung der Linie in der Antragstellung zu beurteilen.

Ich bitte um Beachtung.

Ferner ist bei die Landesgrenzen überschreitenden Verkehren wie folgt zu verfahren:

1. In den Fällen des § 11 Abs. 4 Satz 1 PBefG haben die an der Linienführung beteiligten Genehmigungsbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen das Einvernehmen mit der federführenden Genehmigungsbehörde auf dem Dienstweg herbeizuführen.
2. Soweit Genehmigungsbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen in den Fällen des § 11 Abs. 4 Satz 1 PBefG federführend sind, haben diese Abschriften ihrer Entscheidungen den an der Linienführung beteiligten Genehmigungsbehörden und gleichzeitig der obersten Landesverkehrsbehörde des anderen Landes bzw. der anderen Länder auf dem Dienstweg zu übersenden.

An die Regierungspräsidenten;

nachrichtlich:

- an die Verwaltungen der kreisfreien Städte und Landkreise,
 Oberpostdirektionen
 Dortmund, Düsseldorf, Köln, Münster,
 Deutsche Bundesbahn
 Bundesbahndirektionen
 Essen, Hannover, Köln, Münster, Wuppertal,
 den Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe e. V.,
 Köln,
 Verband Deutscher Nichtbundeseigener Eisenbahnen e. V., Köln,
 Verband Rheinischer Omnibusunternehmer e. V.,
 Düsseldorf,
 Verband für das Verkehrsgewerbe Westfalen-Lippe e. V. — Fachvereinigung Personenverkehr —, Dortmund,
 Verband des Verkehrsgewerbes Nordrhein e. V.,
 Düsseldorf.

— MBL. NW. 1961 S. 1752.

II.

Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei

Personalveränderung

Es ist ernannt worden: Verwaltungsgerichtsrat F. Stephan zum Oberverswaltungsgerichtsrat beim Oberverswaltungsgericht in Münster.

— MBL. NW. 1961 S. 1753.

Innenminister

Personalveränderung

Es ist ernannt worden: Kriminalhauptkommissar G. Haenicke zum Kriminalrat bei der Kreispolizeibehörde Moers.

— MBL. NW. 1961 S. 1753.

Finanzminister

Besoldungsrechtliche Bewertung der DM-Ost

RdErl. d. Finanzministers v. 6. 11. 1961 —
 B 2720 — 3903-IV/61

Der Senator für Finanzen in Berlin hat den Durchschnitkurs der DM-Ost gemäß § 1 Absatz 2 der Überleitungsverordnung zur Regelung des Steuerrechts nach der Währungsergänzungsverordnung (Dritte Steuerüberleitungsverordnung) vom 22. Juni 1949 (Verordnungsblatt

für Berlin, Teil I, Nr. 41, Seite 200) für den Monat September 1961 auf

100 DM-Ost = 20,20 DM-West

festgesetzt.

Bezug: RdErl. d. Finanzministers v. 27. 4. 1951 (MBL. NW. S. 544).

— MBL. NW. 1961 S. 1753.

Arbeits- und Sozialminister. Innenminister. Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr.

Durchführung des 6. Abschnitts des Jugendarbeitsschutzgesetzes;

hier: Ausgabe von Untersuchungsberechtigungs-scheinen für ärztliche Untersuchungen nach §§ 45 und 48 JArbSchG

Gem. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers — III B 3 — 8428 (III Nr. 103/61) —, d. Innenministers — VI C 1 — 14.21.50 — u. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr — IV A — 11 — 52 — v. 31. 10. 1961

1. Allgemeines

Der 6. Abschnitt des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG) — §§ 45 bis 53 —, der die gesundheitliche Betreuung der Jugendlichen regelt, ist nach § 76 Abs. 1, zweiter Halbsatz des Gesetzes am 1. Oktober 1961 in Kraft getreten. Zur einheitlichen Durchführung der danach vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchungen vor Arbeitsaufnahme und während des Beschäftigungsverhältnisses hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung auf Grund von § 53 Abs. 1 JArbSchG die Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz v. 2. Oktober 1961 (BGBl. I S. 1798) — im folgenden Bundesverordnung genannt — erlassen. Dieser Verordnung sind als Anlagen Mustervordrucke für die Aufzeichnung der Untersuchungsbefunde (§ 46 Abs. 2 JArbSchG), die Mitteilung an die Eltern und die Bescheinigung für den Arbeitgeber (§ 46 Abs. 3 JArbSchG) beigelegt, deren Verwendung nach §§ 3, 5 und 6 der Bundesverordnung zwingend vorgeschrieben ist. Die untersuchenden Ärzte können die Vordrucke im Formularhandel beziehen.

§ 2 der Bundesverordnung bestimmt ferner, daß die Kosten der Untersuchungen, die nach § 50 JArbSchG vom Land zu tragen sind, nur erstattet werden, wenn der Vergütungsforderung des Arztes ein Untersuchungsberechtigungschein (UB-Schein) beigelegt ist; dieser UB-Schein wird von der nach Landesrecht zuständigen Stelle ausgegeben.

2. Vorgesehene Zuständigkeitsregelung

2.1 Es ist vorgesehen, demnächst durch Verordnung der Landesregierung zu bestimmen, daß die UB-Scheine von den örtlichen Ordnungsbehörden ausgegeben werden. Örtlich zuständig wird die Behörde sein, bei der der Jugendliche nach den Vorschriften des Meldegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 25. Mai 1960 (GV. NW. S. 81) gemeldet ist. Ist der Jugendliche an mehreren Orten gemeldet, so wird die Behörde zuständig sein, in deren Bezirk sich die Hauptwohnung des Jugendlichen im Sinn des § 1 Abs. 2 des Meldegesetzes befindet. Ist der Jugendliche im Geltungsbereich des Jugendarbeitsschutzgesetzes nicht gemeldet, so wird die Behörde zuständig sein, in deren Bezirk sich der Betrieb, in dem der Jugendliche eine Beschäftigung aufnehmen will oder beschäftigt ist, befindet.

2.2 Mit Rücksicht auf die Regelung der örtlichen Zuständigkeit empfiehlt es sich, daß die örtlichen Ordnungsbehörden mit der Ausgabe der UB-Scheine die Einwohnermeldeämter oder Meldestellen betrauen.

3. Verfahren bei der Ausgabe des Untersuchungsberechtigungscheins und Muster für diesen Schein

3.1 Die örtlichen Ordnungsbehörden werden gebeten, schon jetzt entsprechend zu verfahren und die UB-

Scheine auf Verlangen auszugeben, wenn die betreffenden Jugendlichen

- a) am 1. Oktober 1961 noch nicht 16 Jahre alt waren und
- b) den Arbeitgeber wechseln oder erstmals ein Beschäftigungsverhältnis eingehen wollen.

Ob die Voraussetzung zu a) vorliegt, ergibt sich aus der Meldekartei; ob die Voraussetzungen zu b) vorliegen, ist durch Befragen der Jugendlichen zu ermitteln.

3.2 UB-Scheine werden ausgegeben für alle Untersuchungen, für die nach § 3 der Bundesverordnung die Verwendung des Untersuchungsbogens (Anlage 1 der Bundesverordnung) zwingend vorgeschrieben ist. Das sind:

- a) die Untersuchungen innerhalb der letzten 12 Monate vor Arbeitsaufnahme - Erstuntersuchung - (§ 45 Abs. 1 JArbSchG),
- b) die Untersuchungen vor Ablauf des ersten Beschäftigungsjahres - Nachuntersuchung - (§ 45 Abs. 2 JArbSchG),
- c) die unabhängig von der regelmäßigen Nachuntersuchung vom Arzt zusätzlich angeordneten Nachuntersuchungen - außerordentliche Nachuntersuchungen - (§ 45 Abs. 3 JArbSchG),
- d) die Untersuchungen auf Veranlassung der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter bzw. Bergämter (§ 48 JArbSchG).

Der Jugendliche ist stets zu fragen, welcher dieser Untersuchungen er sich unterziehen wird. Die nicht zutreffenden Angaben sind dann auf dem UB-Schein zu streichen.

Es darf nur je ein UB-Schein für die Erstuntersuchung (s. Buchstabe a) und die Nachuntersuchung (s. Buchstabe b) ausgegeben werden. Für außerordentliche Nachuntersuchungen (s. Buchstabe c) und Untersuchungen auf Veranlassung der Aufsichtsbehörden (s. Buchstabe d) kommt auch die mehrfache Ausgabe von UB-Scheinen in Betracht.

3.3 Jede Ausgabe eines UB-Scheins ist in der Meldekartei mit Datum zu vermerken, um sicherzustellen, daß Doppel- oder Mehrfachausgaben vermieden werden. Ferner ist zu vermerken, für welche Art von Untersuchung der UB-Schein ausgegeben worden ist (ggf. durch Kennbuchstaben: E für Erstuntersuchung, N für Nachuntersuchung, AN für außerordentliche Nachuntersuchung, UGB für Untersuchung auf Veranlassung der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter oder Bergämter). UB-Scheine für außerordentliche Nachuntersuchungen und Untersuchungen auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde sind nur auszugeben, wenn der Jugendliche die ärztliche Mitteilung an die Eltern (Anlage 2 der Bundesverordnung), aus der die Anordnung der außerordentlichen Nachuntersuchung hervorgeht, bzw. eine entsprechende - gebührenfrei auszustellende - Bescheinigung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts oder Bergamts, vorweist.

Wird glaubhaft gemacht, daß ein UB-Schein abhanden gekommen ist, ist ein zweiter Schein auszugeben, als Ersatzschein zu kennzeichnen und die Ausgabe ebenfalls zu vermerken.

3.4 Das Muster eines UB-Scheins ist nachstehend abgedruckt (Anlage 1). Form und Inhalt sind mit den übrigen Ländern abgestimmt. Eine laufende Nummerierung ist in Nordrhein-Westfalen nicht vorgesehen. Die UB-Scheine werden einheitlich für das Land von der Buchdruckerei Fritz Schmitz, Krefeld, Postfach 1024, gedruckt. Die örtlichen Ordnungsbehörden rufen die Stückzahl, die sie jeweils benötigen, unmittelbar dort ab. Herstellungs- und Versandkosten trägt das Land unmittelbar. Die örtlichen Ordnungsbehörden geben die UB-Scheine gebührenfrei aus.

Anlage 1

4. Ergänzungsuntersuchungen

4.1 § 4 der Bundesverordnung bestimmt, daß der Arzt eine Ergänzungsuntersuchung zu veranlassen hat, wenn er den Gesundheits- und Entwicklungsstand des Jugendlichen andernfalls nicht beurteilen kann. Die Notwendigkeit dieser Ergänzungsuntersuchung hat er im Untersuchungsbogen zu begründen. Bei diesen Untersuchungen ist in erster Linie an besondere fachärztliche Untersuchungen gedacht, die im allgemeinen zur Beurteilung des Gesundheits- und Entwicklungsstands nicht erforderlich sind.

4.2 Da die Ergänzungsuntersuchungen nur ein Teil der Gesamtuntersuchung sind - die abschließende Beurteilung gibt der untersuchende Arzt ab, der die Ergänzungsuntersuchung angeordnet hat -, kann hierfür kein besonderer UB-Schein ausgegeben werden. Vielmehr hat der untersuchende Arzt, wenn er eine Ergänzungsuntersuchung für erforderlich hält, den Jugendlichen an einen Arzt oder an eine Stelle, die die Ergänzungsuntersuchung vornehmen soll, zu überweisen. Diese Überweisung muß erkennen lassen, daß

- a) es sich um eine Untersuchung nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz handelt,
- b) zur abschließenden Beurteilung des Gesundheitszustands eine näher bezeichnete Ergänzungsuntersuchung notwendig ist,
- c) der Befund der Ergänzungsuntersuchung dem überweisenden Arzt wieder zuzuleiten ist.

Die Länder haben ein Formblatt für die Überweisungen ausgearbeitet, das geeignet ist, den beteiligten Ärzten das Verfahren zu erleichtern. Ein Muster ist nachstehend abgedruckt (Anlage 2). Es ist den Ärzten zu empfehlen, sich dieses Formblatts, das im Formularhandel zu erhalten ist, zu bedienen.

Anla

4.3 Es ist möglich, daß der untersuchende Arzt, der im Besitz des UB-Scheins ist, eine Ergänzungsuntersuchung, die er für notwendig erachtet, selbst vornimmt (z. B. eine Röntgenaufnahme). In diesen Fällen hat er die Überweisung auf seinen Namen auszustellen.

4.4 Eine Untersuchung gilt nur dann als abgeschlossen, wenn der Arzt den Untersuchungsbogen vollständig ausgefüllt und die Mitteilung für die Eltern und die Bescheinigung für den Arbeitgeber ausgestellt hat. Ordnet der untersuchende Arzt, der im Besitz des UB-Scheins ist, an, daß der Jugendliche nach der Ergänzungsuntersuchung zur Fortsetzung der Untersuchung noch einmal zu ihm zurückkehrt, so handelt es sich hierbei um einen Teil der Gesamtuntersuchung, nicht etwa um eine außerordentliche Nachuntersuchung nach § 45 Abs. 3 JArbSchG.

5. Vergütung für die Untersuchungen

Die Beträge, die für die ärztlichen Untersuchungen vergütet werden, und die Zuständigkeit für die Auszahlung und Abrechnung werden demnächst in der vorgesehenen Rechtsverordnung der Landesregierung bestimmt werden.

Die RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 15. 9. 1961 u. 16. 10. 1961 - n. v. - III B 3 - 8428 (III Nr. 89/61 und 95/61) werden aufgehoben.

An die Regierungspräsidenten,
Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter,
Staatlichen Gewerbeärzte,
Oberbergämter,
Bergämter,
Oberkreisdirektoren als untere staatliche Verwaltungsbehörden,
Ortlichen Ordnungsbehörden;

nachrichtlich:
an die Ärztekammern.

Format DIN A 5
(Vorderseite)

Land Nordrhein-Westfalen

Untersuchungsberechtigungschein

nach der Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 2. Oktober 1961 (BGBl. I S. 1789)

zur Erstuntersuchung — Nachuntersuchung — außerordentlichen Nachuntersuchung — Untersuchung auf Veranlassung des Staatl. Gewerbeaufsichtsamts bzw. Bergamts*)

für

Name, Vorname geb. am Anschrift (Hauptwohnung)

Ausgebende Behörde:

(Datum)

(Unterschrift und Dienststempel)

*) Nichtzutreffendes ist von der Ausgabestelle zu streichen.

(Rückseite)

An Abrechnungsstelle

Der/Die vorgenannte Jugendliche wurde von mir am¹⁾ nach dem 6. Abschnitt des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 9. August 1960 (BGBl. I S. 665) i. V. mit der Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 2. Oktober 1961 (BGBl. I S. 1789) erstuntersucht — nachuntersucht — außerordentlich nachuntersucht — auf Veranlassung des Staatl. Gewerbeaufsichtsamts bzw. Bergamts untersucht²⁾. Das Ergebnis der von mir für notwendig gehaltenen Ergänzungsuntersuchungen durch³⁾

habe ich bei meiner Beurteilung im Untersuchungsbogen berücksichtigt.

Eine außerordentliche Nachuntersuchung nach § 45 Abs. 3 JArbSchG habe ich nicht²⁾ für den
angeordnet. (Zeitpunkt)

Um Überweisung des Pauschbetrags nach § 53 Abs. 2 JArbSchG auf mein Konto Nr. bei
wird gebeten.

Datum Stempel
(Unterschrift des Arztes)

¹⁾ Als Tag der Untersuchung gilt der Tag der abschließenden Beurteilung (§ 1 Abs. 2 der Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz.)

²⁾ Nichtzutreffendes streichen.

³⁾ Name und Anschrift des Facharztes, Zahnarztes usw. sind vom untersuchenden Arzt einzutragen.

Überweisung zur Ergänzungsuntersuchung

nach § 4 der Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 2. Oktober 1961 (BGBl. I S. 1789) zum Untersuchungsberechtigungsschein nach § 2 dieser Verordnung

ausgegeben von am
(Name des Arztes, Stempel) (Datum)

Der/Die Jugendliche geb. am
(Name, Vorname)

wohnhaf in
wird von mir nach der Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz erstuntersucht — nachuntersucht — außerordentlich nachuntersucht — auf Veranlassung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes bzw. Bergamts untersucht.
Zur abschließenden Beurteilung des Gesundheitszustands ist folgende ärztliche Ergänzungsuntersuchung notwendig:

.....
.....

Ich bitte, diese Untersuchung vorzunehmen und den Befund unten einzutragen.

.....
(Name des Arztes, Stempel) (Datum)

Urschriftlich

zurückgesandt.

Die oben erbetene Untersuchung habe ich durchgeführt.
Folgender Befund wurde dabei erhoben:

.....
.....
.....

.....
(Unterschrift)

**An
Abrechnungsstelle**

Überweisung zur Ergänzungsuntersuchung

nach § 4 der Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 2. Oktober 1961 (BGBl. I S. 1789) zum Untersuchungsberechtigungschein nach § 2 dieser Verordnung

ausgegeben von am
(Name des Arztes, Stempel) (Datum)

Der/Die Jugendliche geb. am
(Name, Vorname)

wohnhaft in
wird von mir nach der Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz erstuntersucht — nachuntersucht — außerordentlich nachuntersucht — auf Veranlassung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts bzw. Bergamts untersucht.
Zur abschließenden Beurteilung des Gesundheitszustands ist folgende ärztliche Ergänzungsuntersuchung notwendig:

.....
.....

Ich bitte, diese Untersuchung vorzunehmen und den Befund unten einzutragen.

.....
(Name des Arztes, Stempel) (Datum)

Die obige Untersuchung wurde von mir am vorgenommen.

Nach den Mindestsätzen der PREUGO berechne ich

Ziffer

Ziffer

Ziffer

Ich bitte um Überweisung auf mein Konto Nr. bei

.....
(Unterschrift)

Arbeits- und Sozialminister

Aufstellung
über die vom Arbeits- und Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem 1. Oktober 1961 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 1. November 1961

Mitt. d. Arbeits- und Sozialministers v. 6. 11. 1961 — II C 2 — 7222

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung:	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.- Nr.
Gewerbegruppe III (Bergbau)			
12803	Tarifvertrag vom 8. 8. 1961 über die Weitergeltung des Lohntarifvertrages für die Arbeiter im Blei- und Zinkerzbergbau der Gewerkschaft Maubacher Bleiberg und der Bergbaugemeinschaft Gey vom 21. 12. 1960 . . .	8. 8. 1961	2761/5
Gewerbegruppe IV (Steine und Erden)			
12804	Lohnabkommen und Regelung der Lehrlingsvergütungen für die feinkeramische Industrie in den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen (ohne sanitärkeramische und Wand- und Bodenfliesen-Industrie) vom 21. 9. 1961	1. 10. 1961	2600/21
12805	Lohntarifvertrag und Regelung der Lehrlingsvergütungen für die Schleifmittelindustrie im Bundesgebiet vom 19. 9. 1961	1. 10. 1961	2900/10
12806	Vertrag vom 15. 5. 1961 zur Änderung der Ziff. 4 und 5 der Vereinbarung zur Neuregelung der Arbeitszeit und der Löhne für die Arbeiter in den Betrieben der Vereinigten Glaswerke, Aachen, vom 12. 9. 1960	1. 8. 1961	2993/19
12807	Lohntarifvertrag für die Arbeiter in den Betrieben der Vereinigten Glaswerke, Aachen, mit Protokollnotiz vom 6. 10. 1961	1. 7. 1961 / 1. 4. 1962	2993/20
12808	Tarifvertrag vom 6. 10. 1961 zur Änderung der Urlaubsbestimmungen im Rahmentarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der Vereinigten Glaswerke, Aachen, in der Neufassung vom 8. 9. 1958	1. 1. 1962	2993/21
12809	Ergänzungsvereinbarung vom 5. 10. 1961 zu den §§ 3, 5, 6 und 10 des Manteltarifvertrages für die Angestellten, Meister und Lehrlinge der feinkeramischen Industrie in den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen vom 19. 3. 1958 (abgeschlossen mit dem GEDAG)	1. 10. 1961 / 1. 7. 1963	3162/20
12810	Ergänzungsvereinbarung wie vor, jedoch abgeschlossen mit der I.G. Chemie-Papier-Keramik und der DAG	1. 10. 1961 / 1. 7. 1963	3162/21
12811	Gehaltsabkommen für die Angestellten, Meister und Lehrlinge der feinkeramischen Industrie in den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen (ohne Sanitärkeramik und Wand- und Bodenfliesenindustrie) vom 5. 10. 1961 (abgeschlossen mit dem GEDAG)	1. 10. 1961	3162/22
12812	Gehaltsabkommen wie vor, jedoch abgeschlossen mit der I.G. Chemie-Papier-Keramik und der DAG	1. 10. 1961	3162/23
12813	Lohntarifvertrag und Änderungsvereinbarung zum Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der Glasfabrik Eckamp-Altwasser AG., Ratingen b. Düsseldorf, vom 12. 10. 1961	1. 6. / 1. 8. 1961	3223/4
12814	Tarifvertrag über ein Gehaltsgitter und die Erhöhung der Gehälter für die Angestellten und Meister sowie der Vergütungen für die Lehrlinge der Glas- und Spiegelmanufaktur Aktiengesellschaft, Gelsenkirchen-Schalke, vom 5. 10. 1961	1. 11. 1961	3503/2
12815	Gehaltstarifvertrag für die Angestellten, Meister und Lehrlinge der Schleifmittelindustrie im Bundesgebiet vom 20. 9. 1961 (abgeschlossen mit der I.G. Chemie-Papier-Keramik und der DAG)	1. 10. 1961	3508/5
12816	Gehaltstarifvertrag wie vor mit dem DHV vom 3. 10. 1961	1. 10. 1961	3508/6
12817	Lohntarifvertrag für die Arbeiter und Lehrlinge der Glas- und Spiegelmanufaktur Aktiengesellschaft, Gelsenkirchen-Schalke, vom 5. 10. 1961	1. 11. 1961	3510/3
12818	Lohntarifvertrag für die Betriebe Frechen, Haltern und Neuß der Quarzwerke GmbH., Köln, vom 27. 9. 1961	1. 7. 1961	3673/1

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung:	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
12819	Gehaltstarifvertrag für die Angestellten, Meister, Lehrlinge und Anlernlinge im Betonsteingewerbe des Landes Nordrhein-Westfalen vom 21. 6. 1961 (abgeschlossen mit der DAG)	1. 6. 1961	3806:1
12820	Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der Firma Wisthoff & Co., Glashütten, Essen-Steele, mit vorläufiger Schlichtungsregelung vom 24. 7. 1961	21. 7. 1961	3868
12821	Arbeitszeitabkommen für die gewerblichen Arbeitnehmer der Firma Wisthoff & Co., Glashütten, Essen-Steele, vom 24. 7. 1961 zum Manteltarifvertrag vom gleichen Tage	21. 7. 1961	3868:1
12822	Lohntarifvertrag für die Arbeiter und Lehrlinge der Firma Wisthoff & Co., Glashütten, Essen-Steele, vom 10. 8. 1961	1. 8. 1961	3868:2
Gewerbegruppe V-X (Eisen-, Metall- und Elektroindustrie)			
12823	Lohnvereinbarung für das Kraftfahrzeuggewerbe im Lande Nordrhein-Westfalen vom 15. 9. 1961	1. 10. 1961	2770:5
12824	Lohntarifvertrag für das Schlosser-, Maschinenbauer-, Werkzeugmacher-, Dreher-, Schweißer-, Metallformer- und Metallgießer- sowie das Schmiedehandwerk im Lande Nordrhein-Westfalen vom 28. 9. 1961	16. 10. 1961	2789:29
12825	Zusatzvereinbarung vom 28. 9. 1961 zum Lohntarifvertrag für das Schlosser-, Maschinenbauer-, Werkzeugmacher-, Dreher-, Schweißer-, Metallformer- und Metallgießer- sowie das Schmiedehandwerk im Lande Nordrhein-Westfalen vom 28. 9. 1961	16. 10. 1961	2789:30
12826	Tarifvertrag über die Arbeitsbewertung für die Arbeiter der Firma Rokal GmbH., Lobberich, vom 13. 9. 1961	1. 10. 1961	2818:7
12827	Lohnabkommen und Regelung der Erziehungsbeihilfen für die Schrott- und Industrieabbruchbetriebe im Lande Nordrhein-Westfalen vom 10. 10. 1961	1. 9. 1961	3415:3
12828	Gehaltstarifvertrag für die Angestellten und Meister des Kraftfahrzeuggewerbes im Lande Nordrhein-Westfalen vom 15. 9. 1961	1. 10. 1961	3715:3
Gewerbegruppe XII (Textilindustrie)			
12829	Tarifvertrag zur Neuregelung der Löhne und der Lehrlingsvergütungen in der Textilindustrie am linken Niederrhein vom 16./17. 10. 1961	1. 9. 1961	3565:3
12830	Arbeitszeitabkommen für die Arbeiter der Textilindustrie am linken Niederrhein vom 16./17. 10. 1961	1. 9. 1961 / 1. 1. 1962 / 1. 1. 1963	3565:4
Gewerbegruppe XIII (Papierindustrie)			
12831	Tarifvertrag zur Regelung der Löhne, des Urlaubs und der Arbeitszeit für die Arbeiter der Firma Godelheimer Lederpappenfabrik H. Büse KG., Godelheim Krs. Höxter, vom 30. 8. 1961	1. 7. 1961	3872
12832	Zusatzvertrag vom 30. 8. 1961 zum Tarifvertrag zur Regelung der Löhne, des Urlaubs und der Arbeitszeit für die Arbeiter der Firma Godelheimer Lederpappenfabrik H. Büse KG., Godelheim Krs. Höxter, vom 30. 8. 1961	1. 7. 1961	3872:1
Gewerbegruppe XIV (Graphisches Gewerbe)			
12833	Gehaltstarifvertrag für kaufm. und techn. Angestellte und Lehrlinge des graphischen Gewerbes im Lande Nordrhein-Westfalen vom 14. 9. 1961	1. 9. 1961	3782:1
Gewerbegruppe XVII (Holzgewerbe)			
12834	Tarifvertrag vom 17. 7. 1961 zur Änderung des Tarifvertrages für die Arbeiter der Firma Theodor Müller & Co., Temde-Werk, Detmold, vom 16. 4. 1956 / 6. 5. 1957 / 13. 5. 1958 / 23. 7. 1959 / 12. 7. 1960	1. 7. 1961	2686/5
12835	Lohntarifvertrag für die Betriebe der Holzindustrie und des Serienmöbelhandwerks im Landesteil Westfalen-Lippe vom 12. 7. 1961	1. 7. 1961	3780:15

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung:	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
12836	Lohntarifvertrag für die Zigarrenkistenindustrie im Landesteil Westfalen vom 18. 7. 1961	1. 7. 1961	3780/16
12837	Lohntarifvertrag und Anschlußtarifvertrag zum Manteltarifvertrag für die Holzindustrie im nordwestdeutschen Raum für die gewerblichen Arbeitnehmer und Lehrlinge der Firma Georg Hartmann, Arfeld Krs. Wittgenstein, vom 8. 9. 1961	1. 7. 1961	3780/17
12838	Firmentarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der Firma Sol-Werk, Paul Hochherz, Troisdorf (Rhld.), vom 24. 5. 1961	1. 6. 1961	3871
Gewerbegruppe XIX (Nahrungs- und Genußmittelindustrie)			
12839	Zusatzvertrag vom 30. 9. 1961 zum Lohntarifvertrag für die Ölmühlenindustrie in Neuß vom 5. 12. 1960	1. 10. 1961	3519/6
Gewerbegruppe XX (Bekleidungsindustrie)			
12840	Zusatzlohntarifvertrag für Orthopädieschuhmacher im Bundesgebiet vom 19. 9. 1961	1. 10. 1961	1044/15
12841	Vereinbarung für die Arbeiter der Schuhindustrie im Bundesgebiet über die Einstufung von Arbeitsvorgängen in die Lohngruppen vom 19. 10. 1961	12. 9. 1961	3230/16
Gewerbegruppe XXII (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke)			
12842	Tarifvereinbarung über die Zahlung des tariflichen Kindergeldes für die Arbeiter und Angestellten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsunternehmungen in Nordrhein-Westfalen vom 30. 8. 1961		714/34
12843	Zusatzvereinbarung vom 20. 7. 1961 zum Gehaltstarifvertrag und Lohntarifvertrag für die Aachener Straßenbahn- und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft (ASEAG), Aachen, vom 26. 6. 1961		3830/4
Gewerbegruppe XXIV (Groß- und Außenhandel)			
12844	Änderungsvereinbarung vom 26. 9. 1961 zu Ziff. 4 der Anlage zum Gehaltsabkommen für die techn. Angestellten und Meister der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften vom 26. 6. 1958 (abgeschlossen mit der DAG)	1. 7. 1961	2909/66
Gewerbegruppe XXVI (Handelshilfsgewerbe)			
12845	Änderungsvereinbarung vom 5. 7. 1961 zum Manteltarifvertrag für das Reisebürogewerbe im Bundesgebiet vom 5. 4. 1960 und zum Gehaltstarifvertrag vom 30. 3. 1961 (abgeschlossen mit der Gew. OTV, der Gew. HBV und der DAG)	1. 8. 1961	1887/29
12846	Vereinbarung für das Reisebürogewerbe im Bundesgebiet über eine Vergütungsregelung für Pagen im Turnuszugverkehr vom 5. 7. 1961 (abgeschlossen mit der Gew. OTV, der Gew. HBV und der DAG)	1. 8. 1961	1887/30
Gewerbegruppe XXVII (Bank-, Börsen- und Versicherungswesen)			
12847	Tarifvereinbarung vom 31. 7. 1961 zur Neufassung der Lohn tafel (Anlage 2) zum Lohntarifvertrag für die Lohnempfänger der Ruhrknapp-schaft vom 24. 6. 1949 / 31. 5. 1960	1. 4. 1961	739/15
12848	Gehaltstarifvertrag für die zentralen Geldinstitute und Kreditgenossenschaften mit mehr als 10 Arbeitnehmern im Deutschen Raiffeisenverband vom 21. / 28. 8. / 8. 9. 1961 (abgeschlossen mit der DAG und der Gew. HBV)	1. 7. 1961	2644/29
12849	Gehaltstarifvertrag wie vor vom 15. 8. / 8. 9. 1961, jedoch abge-schlossen mit dem VwA, dem Deutschen Bankbeamten-Verein und dem DHV	1. 7. 1961	2644/30
12850	Gehaltstarifvertrag für die Kreditgenossenschaften im Deutschen Raiffeisenverband vom 21. / 28. 8. / 8. 9. 1961 (abgeschlossen mit der DAG und der Gew. HBV)	1. 7. 1961	2644/31

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung:	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
12851	Gehaltstarifvertrag wie vor vom 15. 8. 1961, jedoch abgeschlossen mit dem VwA, dem Deutschen Bankbeamten-Verein und dem DHV	1. 7. 1961	2644/32
12852	Fünftes Zusatzabkommen vom 2. 10. 1961 über die Neufassung der Einkommensstaffel zum Tarifvertrag für die Angestellten der Volks-Feuerbestattung V.V.a.G. vom 10. 4. 1958	1. 10. 1961	3306/5
12853	Tarifvertrag über die Änderung der Tätigkeitsmerkmale (Anl. 1 zur TO.A) für die Angestellten der Knappschaften im Bundesgebiet vom 10. 6. 1961 (abgeschlossen mit der Gew. OTV)	1. 1. 1960	3315/5
12854	Tarifvereinbarung über die Erhöhung der Gehälter und Zulagen für die Angestellten und der Vergütungen für die Lehrlinge des privaten Versicherungsgewerbes im Bundesgebiet mit Einkommensstaffel vom 21. 9. 1961 (abgeschlossen mit der Gew. HBV und der DAG)	1. 10. 1961	3405/17
12855	Tarifvereinbarung wie vor, jedoch abgeschlossen mit dem DHV und VwA	1. 10. 1961	3405/18
12856	Vereinbarung über die Regelung der Arbeitszeit für das private Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet vom 28. 9. 1961 (abgeschlossen mit der Gew. HBV und der DAG)	1. 1. 1962	3405/19
12857	Vereinbarung wie vor, jedoch abgeschlossen mit dem DHV und VwA	1. 1. 1962	3405/20
12858	Nachtragsvereinbarung vom 23. 10. 1961 zum Tarifvertrag für das Haus- und Küchenpersonal und Personal in Wäschereien und deren Nebenbetrieben in Einrichtungen der Ruhrknappschaft vom 15. 11. 1959 30. 7. 1960	1. 7. 1961	3521/2
12859	Tarifvertrag über die Ausbildungsbeihilfen für die Lehrlinge der Stadtparkasse Dortmund vom 25. 7. 1961	1. 4. 1961	3576/8
12860	Tarifvertrag über die Eingruppierung der im Lochkartenwesen tätigen Angestellten des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen in Bad Godesberg vom 20. 7. 1961	1. 7. 1961	3603/10
12861	Tarifvereinbarung über ein Urlaubsgeld für die Mitarbeiter der Gärtner-Krankenkasse im Bundesgebiet vom 3. 7. 1961	1. 1. 1961	3623/11
12862	Ergänzungstarifvertrag vom 13. 10. 1961 zur Erhöhung der Nachtdienstentschädigung gemäß § 28 Abs. 1 des Manteltarifvertrages für die Arbeiter der Deutschen Bundesbank (MTBBk) vom 23. 8. 1960	1. 7. 1961	3651/5
12863	Tarifvertrag vom 13. 10. 1961 über die Erhöhung der Nachtdienstentschädigung gemäß § 33 Abs. 4 und 5 des Tarifvertrages für die Angestellten der Deutschen Bundesbank (BBkAT) vom 11. 7. 1961	1. 7. 1961	3820/2
12864	Manteltarifvertrag für die gewerblichen Kreditgenossenschaften (Volksbanken) und genossenschaftlichen Teilzahlungsbanken im Bundesgebiet vom 3. 8. 1961 (abgeschlossen mit der DAG und der Gew. HBV)	1. 7. 1961	3865
12865	Manteltarifvertrag wie vor, jedoch abgeschlossen mit dem VwA, dem Deutschen Bankbeamten-Verein und dem DHV	1. 7. 1961	3865/1
12866	Gehaltstarifvertrag für die gewerblichen Kreditgenossenschaften (Volksbanken) und genossenschaftlichen Teilzahlungsbanken im Bundesgebiet vom 3. 8. 1961 (abgeschlossen mit der DAG und der Gew. HBV)	1. 7. 1961	3865/2
12867	Gehaltstarifvertrag wie vor, jedoch abgeschlossen mit dem VwA, dem Deutschen Bankbeamten-Verein und dem DHV	1. 7. 1961	3865/3
12868	Lohntarifvertrag für das arbeiterrentenversicherungspflichtige Hauspersonal des berufsgenossenschaftlichen Krankenhauses Duisburg-Buchholz vom 2. 10. 1961	1. 4. 1961	3869
12869	Tarifvertrag über die Neuregelung der Vergütungen für die Angestellten der Landkrankenkassen im Bundesgebiet vom 1. 6. 1961	1. 4. 1961	3873
Gewerbegruppe XXVIII (Verkehrsgewerbe)			
12870	Tarifvertrag Nr. 168a vom 27. 9. 1961 über die Änderung des Verzeichnisses der Lohngruppen — Anlage 2 — des Tarifvertrages für die Arbeiter der Deutschen Bundespost vom 6. 1. 1955 (abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft)	1. 9. 1961	2400/36

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung:	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
12871	Tarifvertrag Nr. 168 b vom 3. 10. 1961 wie vor, jedoch abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband und der Christlichen Gewerkschaft des Post- und Fernmeldepersonals	1. 9. 1961	2400/37
12872	Tarifvertragliche Vereinbarung für 5 Betriebe der Rhein-Main-Schiffahrt vom 20. 7. 1961 über die Übernahme der Lohn- und Gehaltsvereinbarung für die Rheinschiffahrt vom 27. 6. 1961	1. 7. 1961	3010/17
12873	Tarifvertragliche Vereinbarung für 5 Betriebe der Rhein-Main-Schiffahrt vom 28. 7. 1961 über die Übernahme des Garantielohnabkommens für die Rheinschiffahrt vom 5. 7. 1961	1. 7. 1961	3010/18
12874	Rahmentarifvertrag für das fahrende Personal in der Binnenschiffahrt der Esso Tankschiff-Reederei GmbH. in der Neufassung von 1. 4. 1961	1. 4. 1961	3421/9
12875	Tarifvertrag Nr. 169a vom 27. 9. 1961 über die Ergänzung des Verzeichnisses der Tätigkeitsmerkmale — Anlage 2 — des Tarifvertrages für die Angestellten der Deutschen Bundespost vom 21. 3. 1961 (abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft)	1. 10. 1961	3784/4
12876	Tarifvertrag Nr. 169 b vom 3. 10. 1961 wie vor, jedoch abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband und der Christlichen Gewerkschaft des Post- und Fernmeldepersonals	1. 10. 1961	3784/5
12877	Zusatzvertrag Nr. 1 vom 3. 10. 1961 zum Tarifvertrag für die Bediensteten der Westfälischen Landeseisenbahn AG. vom 27. 7. 1961 (abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und der Gew. OTV)	1. 10. 1961	3827/2
12878	Zusatzvertrag Nr. 1 vom 20. 10. 1961 wie vor, jedoch abgeschlossen mit der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter	1. 10. 1961	3827/3
12879	Tarifvertrag über die Neuregelung der Erziehungsbeihilfen für die Lehrlinge und Anlernlinge der Deutschen Lufthansa vom 1. 9. 1961	1. 4. 1961	3867
Gewerbegruppe XXIX (Gaststättengewerbe)			
12880	Manteltarifvertrag für die Arbeitnehmer in Werksküchen, Kasinos und sonstigen sozialen Verpflegungsbetrieben im Bundesgebiet vom 12. 10. 1961	1. 11. 1961	3870
12881	Lohn- und Gehaltstarifvertrag für die Werksküchen, Kasinos und die sonstigen sozialen Verpflegungsbetriebe im Bundesgebiet vom 12. 10. 1961	1. 11. 1961	3870:1
Gewerbegruppe XXX (Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen)			
12882	Änderungsvereinbarung Nr. 47 vom 15. 9. 1961 zur Erhöhung der Lohnsätze der Lohntabelle G (Druckerei- und Vervielfältigungspersonal) zum Tarifvertrag für die Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften vom 28. 1. 1955	1. 9. 1961	2380/65
12883	Änderungsvereinbarung Nr. 50 vom 25. 9. 1961 zur Erhöhung der Monatspauschalen des Feuerwehr-, Polizei- und Wachpersonals des Anhangs P des Tarifvertrages für die Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften vom 28. 1. 1955 (abgeschlossen mit der Gew. OTV)	1. 9. 1961	2380/66
12884	Änderungsvereinbarung Nr. 50 a wie vor, jedoch abgeschlossen mit der DAG	1. 9. 1961	2380/66a
12885	Änderungsvereinbarung Nr. 50 b wie vor, jedoch abgeschlossen mit der I.G. Metall	1. 9. 1961	2380/66b
12886	Tarifvertrag vom 29. 9. 1961 über die Änderung des Anhangs 1 zur Sondervereinbarung für den Dienstzweig „Landesstraßenbauämter“ des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 24. 5. 1957 / 1. 8. 1959	1. 7. 1961	2515/53
12887	Anschlußtarifvertrag mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft vom 2. 6. 1961 zum Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis nach § 22 des Manteltarifvertrages für die Arbeiter der Länder (MTL) vom 18. 5. 1961	1. 4. 1961	3370/27
12888	Anschlußtarifvertrag mit der Gewerkschaft der Polizei wie vor	1. 4. 1961	3370/28
12889	Anschlußtarifvertrag mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands	1. 4. 1961	3370/30

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung:	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
12890	Zweiter Tarifvertrag vom 6. 7. 1961 zur Änderung der Nachtdienstentschädigung in § 28 Abs. 1 des Manteltarifvertrages für die Arbeiter der Länder (MTL) vom 14. 1. 1959	1. 7. 1961	3370/29
12891	Anschlußtarifvertrag mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft vom 17. 7. 1961 zum Zweiten Tarifvertrag vom 6. 7. 1961 zur Änderung der Nachtdienstentschädigung in § 28 Abs. 1 des Manteltarifvertrages für die Arbeiter der Länder (MTL) vom 14. 1. 1959	1. 7. 1961	3370/31
12892	Anschlußtarifvertrag mit der Gewerkschaft der Polizei wie vor	1. 7. 1961	3370/32
12893	Anschlußtarifvertrag mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands wie vor	1. 7. 1961	3370/33
12894	Anschlußtarifvertrag mit dem VwA vom 30. 9. 1961 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) des Bundes, der Länder und der Gemeinden während der praktischen Tätigkeit in der Krankenpflege oder Kinderkrankenpflege vom 1. 6. 1960 / 15. 5. 1961	1. 4. 1961	3555/45
12895	Anschlußtarifvertrag mit dem VwA vom 30. 9. 1961 zum Tarifvertrag vom 15. 5. 1961 zur Änderung des Tarifvertrages über die Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der med. techn. Assistenten, den des Masseurs und medizinischen Bademeisters und den des Krankengymnasten im Dienste des Bundes, der Länder und der Gemeinden vom 15. 7. 1960	1. 4. 1961	3555/46
12896	5. Ergänzungstarifvertrag vom 6. 7. 1961 zur Änderung der Nachtdienstentschädigung im § 28 Abs. 1 des Manteltarifvertrages für die Arbeiter des Bundes — MTB — vom 25. 5. 1960	1. 7. 1961	3600/32
12897	Anschlußtarifvertrag mit der Gewerkschaft der Polizei vom 25. 9. 1961 zum zweiten Ergänzungstarifvertrag vom 18. 5. 1961 zum Tarifvertrag für die Kraftfahrer des Bundes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr vom 19. 7. 1960 / 5. 1. 1961	1. 4. 1961	3600/33
12898	Tarifvertrag über die Eingruppierung der Angestellten im kommunalen feuerwehrtechnischen Dienst — Ergänzung der Anlage 1a zum BAT — vom 15. 6. 1961	1. 8. 1961	3750/47
12899	Anschlußtarifvertrag mit dem Marburger Bund vom 30. 3. 1961 zum Bundesangestelltentarifvertrag — BAT — vom 23. 2. 1961	1. 4. 1961	3750/48
12900	Anschlußtarifvertrag mit dem Marburger Bund vom 30. 3. 1961 zum Tarifvertrag über die Besitzstandswahrung zu § 71 des Bundesangestelltentarifvertrages — BAT — vom 23. 2. 1961	1. 4. 1961	3750/49
12901	Tarifvertrag zur Änderung der Tätigkeitsmerkmale (Anl. 1 und ADO zur TO.A) für die Angestellten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 15. 7. 1961	1. 4. 1960	3750/50
12902	Anschlußtarifvertrag mit dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund — vom 14. 8. 1961 zum Vergütungstarifvertrag Nr. 1 für die Angestellten der Gemeinden vom 26. 4. 1961		3750/51
12903	Tarifvertrag zur Regelung der Gehälter und Löhne für das Personal des städtischen Kneipp-Kurhauses Münstereifel vom 26. 9. 1961	1. 4. 1961	3866

Für folgende Gewerbegruppen wurden in der Berichtszeit Tarifverträge zur Registrierung nicht vorgelegt:

Gewerbegruppe: I, II, XI, XV, XVI, XVIII, XXI, XXIII, XXV, XXXI und XXXII.

Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten**Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten**

RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten

v. 6. 11. 1961 — II B 2 — 2.405 Nr. 1500 61

I

Auf Grund der Bestimmungen des Reichsarbeitsministers vom 31. 12. 1937 (RABl. 1938 S. I 11; ZdB. 1938 S. 82) Abschnitt X (2) zur Verordnung über die allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten vom 8. November 1937 (RGBl. I S. 1177) gebe ich weitere allgemeine Zulassungen bekannt.

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Bescheid vom:	Geltungs-dater bis:
0	Wandbauarten:			
0.01	AV-Porensteine Einlandzulassung	Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl, Krs. Recklinghausen	21. 4. 1961	30. 4. 1966
0.02	Schalungsstein Einlandzulassung	Wilhelm Linnenbecker o.HG., Bad Salzuflen	21. 4. 1961	30. 4. 1966
0.03	„PE-HA“-Schwerbetonsteine Einlandzulassung	Peter Haffke, Opladen, Benzstr. 5—7	30. 5. 1961	31. 5. 1966
1	Glas und Glasbausteine:	—	—	—
2	Schornsteinbausteine:	—	—	—
3	Deckenbauarten, Dachbauarten und Treppen:			
3.01	Spannbeton-Dachplatten System „Hamm“	Spannbeton K.G. Moers, Moers-Ndrh., Am Jostenhof 6	29. 4. 1961	30. 4. 1966
3.02	Dreieck-Streben-Bauart (s. Abschn. III, Nr. 3.01 dieses RdErl.)	Dreieck-Streben-Bau Gesellschaft mbH., Wuppertal-Sonnborn, Industriestr. 20	21. 7. 1961	31. 8. 1966
3.03	Stahlbetonhohlplatte, RÖHBAU-Decke (Änderung der Zulassung v. 14. 10. 1960, s. Abschn. I, Nr. 3.10 d. RdErl. v. 5. 12. 1960 — MBl. NW 1961 S. 5 —)	Bau-Stahlgewebe GmbH., Düsseldorf-Oberkassel	7. 8. 1961	31. 10. 1965
3.04	Wellsteg-Träger (Verlängerung der Geltungs- dauer der Zulassung v. 24. 8. 1956, s. Ab- schn. I, Nr. 7.03 d. RdErl. v. 21. 4. 1960 — MBl. NW. S. 1439/40 —)	Rheinische Wellsteg v. Thadden KG., Prüm Eifel als Rechtsnach- folger der Rheinischen Well- steg-Gesellschaft mbH., Düsseldorf	28. 8. 1961	31. 3. 1962
4	Betonstähle:			
4.01	Kaltgereckter, schräggerippter Betonform- stahl mit sichelförmigen Rippen	Nockenstahl-Gesellschaft-mbH., Köln-Deutz	30. 5. 1961	31. 5. 1966
4.02	Geschweißte Baustahlmatten „Baustahl- gewebe“ mit glatten und gerippten Stäben	Bau-Stahlgewebe GmbH., Düsseldorf-Oberkassel	24. 8. 1961	31. 8. 1966
4.03	Geschweißte Baustahlmatten „Borbet“ mit glatten und gerippten Stäben (s. Abschn. III, Nr. 4.04 dieses RdErl.)	Eugen Borbet K.G., Altena Westf.	24. 8. 1961	31. 8. 1966
4.04	Geschweißte Baustahlmatten „Mauser“ mit glatten und gerippten Stäben (s. Abschn. III, Nr. 4.02 dieses RdErl.)	Herdecker Faßfabrik GmbH., Herdecke Westf.	24. 8. 1961	31. 8. 1966
4.05	Geschweißte Baustahlmatten „Betonstahl- matten“ mit glatten und gerippten Stäben (s. Abschn. III, Nr. 4.01 dieses RdErl.)	Kaufmann & Lindgens — K.G., Wegberg, Krs. Erkelenz	24. 8. 1961	31. 8. 1966
4.06	Geschweißte Baustahlmatten „Retzlaff“ mit glatten und gerippten Stäben (s. Abschn. III, Nr. 4.05 dieses RdErl.)	Retzlaff-Baustahlmatten GmbH., Dortmund-Hafen	24. 8. 1961	31. 8. 1966
4.07	Geschweißte Baustahlmatten „W.B.G.-Hamm“ mit glatten und gerippten Stäben (s. Abschn. III, Nr. 4.03 dieses RdErl.)	Westfälische Betonstahlgitter GmbH., Hamm i. Westf.	24. 8. 1961	31. 8. 1966
5	Spannstähle und Spannverfahren:			
5.01	Spannverfahren „Monierbau Ovalstahl“	Beton- und Monierbau Aktien- gesellschaft, Düsseldorf, Goethestr. 36	24. 4. 1961	31. 12. 1966

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Bescheid vom:	Geltungsdauer bis:
5.02	Spannverfahren „Bauwens“	Peter Bauwens, Bauunternehmung, Köln, Antwerpener Str. 55	2. 6. 1961	30. 6. 1966
5.03	Vergütete Spannstähle, rund	Felten & Guillaume Carlswerk, Eisen und Stahl AG., Köln-Mülheim	11. 8. 1961	31. 8. 1966
5.04	Spannverfahren „Vorspann-Technik“	Vorspann-Technik GmbH., Ratingen-Ost, Am Sandbach 5	15. 8. 1961	31. 8. 1966
6	Betonzusatzmittel, Bindemittel:			
6.01	Betonzusatzmittel „Novoc-flüssig“ als Betonverflüssiger (Gruppe BV)	Wunnersche Bitumenwerke GmbH., Unna i. Westf.	19. 5. 1961	31. 3. 1965
6.02	Betonzusatzmittel „Avo 101“ als luftporenbildendes Betonzusatzmittel (Gruppe LP)	Althaus & Vogt GmbH., Bochum-Harpen	21. 7. 1961	31. 7. 1965
6.03	Betonzusatzmittel „Aquafest“ als Betondichtungsmittel (Gruppe DM)	HEIMALOL — Bernhard Heilmann, Waltrop-Westf.	21. 7. 1961	31. 7. 1965
6.04	Betonzusatzmittel „Superplast“ als luftporenbildendes Betonzusatzmittel (Gruppe LP)	Lichtenberg & Co., Chemische Produkte, Dortmund-Kirchhörde, Hohle Eiche 28	14. 8. 1961	31. 7. 1965
6.05	Betonzusatzmittel „Hada-Mischöl“ als luftporenbildendes Betonzusatzmittel (Gruppe LP)	Heinrich Hainke GmbH., Datteln i. Westf.	31. 8. 1961	31. 8. 1965
7	Gerüste und Gerüstbauteile, Schalungsträger:			
7.01	Tilly-Schalungsträger	Franz Tilly, Köln-Klettenberg, Geisbergstr. 30	19. 5. 1961	30. 6. 1966
7.02	„LOEB“-Stahlrohrgerüste mit 800 u. 1000 mm Systembreite	LOEB-Aktiengesellschaft, Stahlbaugeräte, Zweigniederlassung Saarbrücken	19. 5. 1961	31. 5. 1966
7.03	Schutz- und Unterhaltungsgerüst für Dachdecker- und Klempnerarbeiten (Änderung der Zulassung v. 20. 4. 1960, s. Abschn. I Nr. 7.01 d. RdErl. v. 5. 12. 1960 — MBl. NW. S. 5 —)	Adolf Knittel und Helmut Radek, Wanne-Eickel, Hauptstr. 35	10. 7. 1961	31. 5. 1963
7.04	RöRo-Schalungsträger (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 18. 8. 1956, s. Abschn. I, Nr. 7.02 d. RdErl. v. 25. 1. 1957 — MBl. NW. S. 241/42 —)	Röhren- und Roheisen-Großhandel GmbH., Düsseldorf, Höher Weg 271a, Abt. RöRo-Stahlrohrgerüste	18. 7. 1961	31. 8. 1962
7.05	Zugfeste Keilkupplung „Errem“	P. van Thiel u. Zonen, Beek en Donk (Holland)	8. 8. 1961	31. 7. 1963
7.06	Drehbare Keilkupplung „Errem P 1126“	P. van Thiel u. Zonen, Beek en Donk (Holland)	8. 8. 1961	31. 7. 1963
7.07	MB-Auflagerschuh	Müller u. Borggräfe KG., Hagen-Haspe, An der Kohlenbahn 2	10. 8. 1961	31. 8. 1966
8	Grundstückseinrichtungsgegenstände:			
9	Verschiedenes:			
	Feuerbeständige, einflügelige Stahltür mit Mineralfaser-Einlage (Fachverband)	Fachabteilung Stahltüren und -tore im Fachverband Stahlblechverarbeitung e. V., Hagen i. W.	4. 5. 1961	30. 4. 1964

II

Die folgenden, von anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland und von dem Lande Berlin erteilten allgemeinen Zulassungen setze ich hiermit auf Grund der Nr. 5.7 der mit RdErl. v. 28. 6. 1951 — II A 7.04 Nr. 1635/51 (MBL. NW. S. 813) — bekanntgegebenen Verwaltungsvereinbarung vom 14. 2. 1951 und 23. 12. 1958 im Lande Nordrhein-Westfalen in Kraft:

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land Bescheid vom:	Geltungsdauer bis:
0	Wandbauarten:			
0.01	Isospan-Mantelbetonsteine (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 20. 5. 1958, s. Abschn. II, Nr. 0.03 d. RdErl. v. 5. 11. 1958 — MBL. NW. S. 2469/70 —)	Alpine Iso-Span GmbH., Freilassing/Obb.	Bayern 24. 3. 1961	31. 5. 1962
0.02	Durisol-Schalungssteine (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 7. 3. 1957, s. Abschn. II, Nr. 0.04 d. RdErl. v. 3. 4. 1959 — MBL. NW. S. 951/52 —)	Karl Richtberg KG., Durisol-Werk, Paderborn, Oberer Frankfurter Weg 27	Bayern 21. 4. 1961	30. 6. 1962
0.03	Wand- und Deckenbauart AB Elementhaus	AB Elementhus, Mockfjärd/Schweden	Hessen 17. 5. 1961	31. 5. 1964
0.04	Wandbauart aus Schalenbausteinen „Hinse“	Ing.-Büro Franz Hinse, Freiburg i. Br., Landsknechtstr. 15	Bad.-Wttb. 5. 7. 1961	31. 12. 1965
0.05	Beton-Schalungssteine „KW“ für Kellermauerwerk	Hans Mumm, Betonsteinwerk, Einfeld-Neumünster, Hamburger Chaussee 85	Schleswig-Holstein 12. 9. 1961	31. 12. 1965
1	Glas und Glasbausteine:	—	—	—
2	Schornsteinbausteine:			
2.01	Freka-Schornsteinformsteine	Max Frenzel, Hamburg 43, Krausestr. 44	Hamburg 28. 9. 1959	31. 12. 1962
2.02	Freka-Schornsteinformsteine (Ergänzung der Zulassung v. 28. 9. 1959, s. Abschn. II, Nr. 2.01 dieses RdErl.)	Max Frenzel, Hamburg 43, Krausestr. 44	Hamburg 14. 4. 1961	31. 12. 1962
2.03	Asbestzementrohre „Fulgurit“ (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 12. 1. 1955, s. Abschn. II, Nr. 9.01 d. RdErl. v. 5. 12. 1960 — MBL. NW. 1961 S. 5 —)	Fulgurit-Vertriebsgesellschaft m.b.H., Luthe/Wunstorf (Han.)	Nieders. 7. 3. 1961	30. 6. 1962
2.04	Schornsteinformstücke (Kaminformsteine) für stärkere Feuerungen System „Schiedel“ (nur zu eingebauten Schornsteinen) (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 28. 3. 1956, s. Abschn. II, Nr. 34 d. RdErl. v. 11. 5. 1956 — MBL. NW. S. 1147/48 —)	Schiedel-Kaminwerk, Erbach, Kreis Ulm	Bad.-Wttb. 30. 3. 1961	31. 12. 1961
2.05	Schornsteinformstücke (Kaminformsteine) für stärkere Feuerungen System „Schofer“ (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 28. 3. 1956, s. Abschn. II, Nr. 35 d. RdErl. v. 11. 5. 1956 — MBL. NW. S. 1147/48 —)	Schoferkamin- und Ziegelwerke Willy Schofer, Waiblingen	Bad.-Wttb. 30. 3. 1961	31. 12. 1961
2.06	Schornsteinformstücke (Kaminformsteine) für stärkere Feuerungen System „Schell“ (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 28. 3. 1956, s. Abschn. II, Nr. 36 d. RdErl. v. 11. 5. 1956 — MBL. NW. S. 1147/48 —)	Betonwerk A. & K. Schell KG., Ludwigsburg	Bad.-Wttb. 30. 3. 1961	31. 12. 1961
2.07	Schornsteinformstücke (Kaminformsteine) für stärkere Feuerungen System „Kögel“ (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 28. 3. 1956, s. Abschn. II, Nr. 37 d. RdErl. v. 11. 5. 1956 — MBL. NW. S. 1147/48 —)	Kaminwerk D. Kögel, Winnenden, Kreis Waiblingen	Bad.-Wttb. 30. 3. 1961	31. 12. 1961
3	Deckenbauarten, Dachbauarten und Treppen:			
3.01	Balkendecke System „Eilbrecht“ (Ergänzung der Zulassung v. 15. 10. 1958, s. Abschn. II, Nr. 3.02 d. RdErl. v. 3. 4. 1959 — MBL. NW. S. 951/52 —)	Ingenieur Heinz Eilbrecht, Offenbach/Main, Rathenastr. 38	Hessen 23. 3. 1961	31. 12. 1963
3.02	Bimsbetonhohlkörperdecke System „Mutter“	Betonwerk Walter Mutter GmbH., Mainz, Ingelheimstr. 15	Rheinl.-Pf. 3. 5. 1961	31. 12. 1965

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land Bescheid vom:	Geltungs- dauer bis:
3.03	ABE-Decke System Ainedter	Dipl.-Ing. Herbert Ainedter, Anif b. Salzburg Österreich	Bayern 23. 5. 1961	31. 5. 1963
3.04	MAN-Stahlleichtträgerdecke	Maschinenfabrik Augsburg- Nürnberg (MAN), Werk Gustavsburg, Gustavsburg	Hessen 15. 6. 1961	30. 6. 1963
3.05	Kämpf-Träger	Gottfried Kämpf, Holzkonstruk- tionen, Rapperswil/Aargau (Schweiz)	Bayern 21. 6. 1961	31. 7. 1962
3.06	Delta-Spannbetonträgerdecke	Nordbayer. Delta-Zentralbüro, Gunzenhausen-Mfr., Nürnberger Str. 92	Bayern 22. 6. 1961	31. 7. 1966
3.07	Stahlleichtträger-Verbunddecke System „Dr. Burkhardt“ (mit 14 cm hohen Stahlleicht- trägern) (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 11. 8. 1953, s. Abschn. II, Nr. 3.15 d. RdErl. v. 20. 4. 1961 — MBl. NW. S. 845 —)	Dr.-Ing. Emil Burkhardt, Stuttgart-Sonnenberg, Orplidstr. 30	Bad.-Wttb. 3. 7. 1961	31. 12. 1961
3.08	Stahlleichtträger-Verbunddecke System „Dr. Burkhardt“ (mit 8,5 cm hohen Stahlleicht- trägern) (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 4. 6. 1955, s. Abschn. II, Nr. 3.16 d. RdErl. v. 20. 4. 1961 — MBl. NW. S. 845 —)	Dr.-Ing. Emil Burkhardt, Stuttgart-Sonnenberg, Orplidstr. 30	Bad.-Wttb. 4. 7. 1961	31. 12. 1961
3.09	Rheindecke (Stahlbeton-Gitterträgerdecke) (Ergänzung der Zulassung v. 14. 4. 1960, s. Abschn. II, Nr. 3.14 d. RdErl. v. 5. 12. 1960 — MBl. NW. 1961 S. 5 —)	Rheinbau GmbH. Omnia- Decken-Organisation, Wiesbaden, Alexandrastr. 3	Hessen 5. 7. 1961	30. 9. 1962
3.10	Bau-Stahl-Gitterträgerdecke (Ergänzung der Zulassung v. 31. 8. 1960, s. Abschn. II, Nr. 3.26 d. RdErl. v. 5. 12. 1960 — MBl. NW. 1961 S. 5 —)	Rheinbau GmbH. Omnia- Decken-Organisation, Wiesbaden, Alexandrastr. 3	Hessen 5. 7. 1961	31. 7. 1963
3.11	Decken mit Spannbetonträgern Hochtief A.G., Ausführung A und B	Hochtief AG. für Hoch- und Tiefbauten, Augsburg, Alter Postweg 97 b	Bayern 14. 7. 1961	31. 7. 1966
4	Betonstähle:			
4.01	Betonrippenstahl, schräggerippt, Betonstahl- gruppen IIa und IIIa (Ergänzung der Zulas- sung v. 5. 9. 1960, s. Abschn. II, Nr. 4.03 d. RdErl. v. 5. 12. 1960 — MBl. NW. 1961 S. 5 —)	Eisenwerk Annahütte Alfred Zeller, Hammerau	Bayern 18. 7. 1961	30. 9. 1964
5	Spannstähle und Spannverfahren:			
5.01	Spannverfahren „Freyssinet-Wayss & Frey- tag KG.“	Wayss & Freytag KG., Frank- furt-M., Neue Mainzer Str. 59	Hessen 8. 12. 1960	31. 12. 1965
5.02	„HG-Spannbewehrung“	Philipp Holzmann A.G., Frank- furt-Main, Taunusanlage 1	Hessen 15. 5. 1961	31. 12. 1966
5.03	Spannverfahren „Baur-Leonhardt“ (Konzentrierte Spannglieder) (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 5. 11. 1958, s. Abschn. II, Nr. 5.02 d. RdErl. v. 3. 4. 1959 — MBl. NW. S. 951/52 —)	Dr.-Ing. F. Leonhardt — Dipl.- Ing. W. Andrä, Stuttgart-N, Lenzhalde 16	Bad.-Wttb. 14. 6. 1961	31. 12. 1961
5.04	Spannverfahren „Leoba“ (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 13. 3. 1959, s. Abschn. II, Nr. 5.01 d. RdErl. v. 2. 7. 1959 — MBl. NW. S. 1697/98 —)	Dr.-Ing. F. Leonhardt — Dipl.- Ing. W. Andrä, Stuttgart-N, Lenzhalde 16	Bad.-Wttb. 15. 6. 1961	31. 12. 1961
5.05	Spannverfahren KA	Philipp Holzmann A.G., Frank- furt-M., Taunusanlage 1	Hessen 20. 7. 1961	31. 12. 1966
6	Betonzusatzmittel, Bindemittel:			
6.01	Betonzusatzmittel TRICOSAL BV als Beton- verflüssiger	Chem. Fabrik Grünau A. G., Illertissen/Bayern	Bayern 26. 10. 1957	31. 12. 1960

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land Bescheid vom:	Geltungs- dauer bis:
6.02	Betonzusatzmittel TRICOSAL BV als Betonverflüssiger (Verlängerung der Geltungsdauer und Ergänzung der Zulassung v. 26. 10. 1957, s. Abschn. II, Nr. 6.01 dieses RdErl.)	Chem. Fabrik Grünau A. G., Illertissen Bayern	Bayern 8. 3. 1961	30. 4. 1965
6.03	Betonzusatzmittel Rajata-LP als luftporenbildendes Betonzusatzmittel (Gruppe LP)	Marthahütte GmbH., Fabrik chemischer Baustoffe, Marktredwitz	Bayern 5. 5. 1961	30. 4. 1965
6.04	Betonzusatzmittel Rajasil-LVP als luftporenbildender Betonverflüssiger (Gruppe LPV)	Marthahütte GmbH., Fabrik chemischer Baustoffe, Marktredwitz	Bayern 5. 5. 1961	30. 4. 1965
6.05	Betonzusatzmittel Rajasil-D als Betondichtungsmittel (Gruppe DM)	Marthahütte GmbH., Fabrik chemischer Baustoffe, Marktredwitz	Bayern 5. 5. 1961	30. 4. 1965
6.06	Betonzusatzmittel Rajasil-V als Betonverflüssiger (Gruppe BV)	Marthahütte GmbH., Fabrik chemischer Baustoffe, Marktredwitz	Bayern 5. 5. 1961	30. 4. 1965
6.07	Betonzusatzmittel AX Spezial-LPV als luftporenbildender Betonverflüssiger (Gruppe LPV)	Chemotechnik Fritz Ullrich, Stuttgart-Degerloch, Reutlinger Str. 50	Bad.-Wttb. 29. 6. 1961	30. 6. 1965
6.08	Betonzusatzmittel AX-LPV als luftporenbildender Betonverflüssiger (Gruppe LPV)	Chemotechnik Fritz Ullrich, Stuttgart-Degerloch, Reutlinger Str. 50	Bad.-Wttb. 30. 6. 1961	30. 6. 1965
6.09	Betonzusatzmittel BE-VAU-ZET als luftporenbildender Betonverflüssiger (Gruppe LPV)	Woermann GmbH., Stuttgart-N., Gymnasiumstr. 33—39	Bad.-Wttb. 5. 7. 1961	30. 6. 1965
6.10	Thurament	Zement-, Kalk- und Thuramentwerke Rosenberg GmbH., Sulzbach-Rosenberg, Hütte Opf.	Bayern 31. 7. 1961	30. 6. 1966
6.11	Trasshochofenzement 275 „Tubag“	TUBAG Trass-, Zement- und Steinwerke A. G., Krufit bei Andernach	Rheinl.-Pf. 16. 8. 1961	31. 12. 1965
7	Gerüste und Gerüstbauteile, Schalungsträger:			
7.01	Mannesmann-Leichtmetallkupplung (Verlängerung der Geltungsdauer der Zulassung v. 24. 1. 1955, s. Abschn. II, Nr. 7.04 d. RdErl. v. 5. 12. 1960 — MBl. NW. 1961 S. 5 —)	Mannesmann-Leichtbau GmbH., München 15, Bayerstr. 45	Bayern 26. 4. 1961	31. 3. 1963
7.02	Bera-Stahlrohr-Rahmengerüst	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH., Berlin-Spandau, Brunsbütteler Damm 155 a	Berlin 28. 1. 1958 27. 7. 1961	31. 3. 1962
7.03	Bera-Verbreiterungskonsole	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH., Berlin-Spandau, Brunsbütteler Damm 155 a	Berlin 28. 1. 1958 27. 7. 1961	31. 3. 1962
7.04	Bera-Giebelsteife	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH., Berlin-Spandau, Brunsbütteler Damm 155 a	Berlin 28. 1. 1958 27. 7. 1961	31. 3. 1962
7.05	Bera-Rohrverbinder	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH., Berlin-Spandau, Brunsbütteler Damm 155 a	Berlin 28. 1. 1958 27. 7. 1961	31. 3. 1962
7.06	Bera-Hülsenrohrverbinder	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH., Berlin-Spandau, Brunsbütteler Damm 155 a	Berlin 28. 1. 1958 27. 7. 1961	31. 3. 1962
7.07	Druck- und zugfester Bera-Rohrverbinder	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH., Berlin-Spandau, Brunsbütteler Damm 155 a	Berlin 28. 1. 1958 27. 7. 1961	31. 3. 1962
7.08	Bera-Höhenausgleich (feststehend)	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH., Berlin-Spandau, Brunsbütteler Damm 155 a	Berlin 28. 1. 1958 27. 7. 1961	31. 3. 1962
7.09	Bera-Höhenausgleich (neigbar)	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH., Berlin-Spandau, Brunsbütteler Damm 155 a	Berlin 28. 1. 1958 27. 7. 1961	31. 3. 1962

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land Bescheid vom:	Geltungs- dauer bis:
8	Grundstückseinrichtungsgegenstände:	—	—	—
9	Verschiedenes:			
9.01	Feuerhemmende „WEPRA-Vollholz-Preßtür“	Gebrüder Eberhardt, Abteilung WEPRA-Holztechnik, Ulm	Bad.-Wttb. 2. 5. 1961	30. 9. 1965
9.02	Feuerbeständige einflügelige Stahltür mit Mineralfaser-Einlagen (Handwerk)	Hauptverband des deutschen Schlosser- und Maschinenbauer- handwerks, Hannover	Nieders. 28. 6. 1961	30. 6. 1964

Nachstehende Zulassungen sind gegenstandslos geworden:

Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Land, Bescheid vom:
3	Deckenbauarten, Dachbauarten und Treppen:		
3.01	Dreieck-Streben-Bauart (s. Abschn. I, Nr. 3.01 d. RdErl. v. 20. 4. 1961 — MBl. NW. S. 845 —), ersetzt durch Zulassung v. 21. 7. 1961, s. Abschn. I, Nr. 3.02 dieses RdErl.	Dreieck-Streben-Bau GmbH., Wuppertal-Sonnborn, Industriestraße 20	Nordrhein-Westfalen 7. 5. 1956
4	Betonstähle:		
4.01	Geschweißte Bewehrungsmatten „Rippen- stahlmatten“ (s. Abschn. I, Nr. 4.02 d. RdErl. v. 5. 11. 1958 — MBl. NW. S. 2469/70 —), ersetzt durch Zulassung v. 24. 8. 1961, s. Abschn. I, Nr. 4.05 dieses RdErl.	Kaufmann u. Lindgens KG., Wegberg, Krs. Erkelenz	Nordrhein-Westfalen 19. 4. 1958
4.02	Geschweißte Bewehrungsmatten „Mauser- Baustahlmatten RISTA“ (s. Abschn. I, Nr. 4.01 d. RdErl. v. 3. 4. 1959 — MBl. NW. S. 951/52 —), ersetzt durch Zulassung v. 24. 8. 1961, s. Abschn. I, Nr. 4.04 dieses RdErl.	Herdecker Faßfabrik GmbH., Herdecke i. W.	Nordrhein-Westfalen 26. 11. 1958
4.03	Geschweißte Bewehrungsmatten „Gerippte Bewehrungsmatte W. B. G. Hamm“ (s. Ab- schn. I, Nr. 4.13 d. RdErl. v. 3. 4. 1959 — MBl. NW. S. 951/52 —), ersetzt durch Zulassung v. 24. 8. 1961, s. Abschn. I, Nr. 4.07 dieses RdErl.	Westfälische Betonstahlgitter GmbH., Hamm i. W.	Nordrhein-Westfalen 17. 1. 1959
4.04	Geschweißte Bewehrungsmatte „Borbet-Bau- stahlgitter“ (s. Abschn. I, Nr. 4.04 d. RdErl. v. 2. 7. 1959 — MBl. NW. S. 1697/98 —), ersetzt durch Zulassung v. 24. 8. 1961, s. Abschn. I, Nr. 4.03 dieses RdErl.	Eugen Borbet K.G., Drahtwerk, Altena i. W.	Nordrhein-Westfalen 15. 5. 1959
4.05	Geschweißte Bewehrungsmatte „Gerippte Baustahlmatte Retzlaff“ (s. Abschn. I, Nr. 4.01 d. RdErl. v. 21. 4. 1960 — MBl. NW. S. 1439/ 40 —), ersetzt durch Zulassung v. 24. 8. 1961, s. Abschn. I, Nr. 4.06 dieses RdErl.	Retzlaff-Baustahlmatten GmbH., Dortmund-Hafen	Nordrhein-Westfalen 3. 12. 1959
6	Betonzusatzmittel, Bindemittel:		
6.01	Betonzusatzmittel „BE—VAU“ als Beton- verflüssiger (Gruppe BV) (s. Abschn. I, Nr. 6.01 d. RdErl. v. 3. 4. 1959 — MBl. NW. S. 951/52 —)	Woermann GmbH., Essen (Ruhr)	Nordrhein-Westfalen 2. 12. 1958

Bezug: RdErl. v. 28. 6. 1951 — II A 7.04 Nr. 1635 51 — (MBl. NW. S. 813 SMBl. NW. 2324) —
RdErl. v. 20. 4. 1961 — II A 4 — 2.405 Nr. 1250.61 (MBl. NW. S. 845) —.

An die Regierungspräsidenten,

Landesbaubehörde Ruhr — Essen —,
alle Bauaufsichtsbehörden,
das Landesprüfamt für Baustatik in Düsseldorf,
die Kommunalen Prüfämter für Baustatik in Bielefeld, Bochum, Dortmund, Essen und Köln,
Prüfingenieure für Baustatik,
staatlichen Bauverwaltungen,
Bauverwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände.

— MBl. NW. 1961 S. 1764.

Hinweis

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 22 v. 15. 11. 1961

(Einzelpreis dieser Nummer 0,60 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite	Seite
Allgemeine Verfügungen		
Vorprüfungsordnung für die Laufbahnen der Justizverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen	265	
Richtlinien für Kantinen bei Dienststellen des Landes (Kantinenrichtlinien)	267	
Geschäftliche Behandlung der Ersuchen um Bestellung eines Vertreters nach dem Landbeschaffungsgesetz	269	
Bekanntmachungen	269	
Personalnachrichten	269	
Rechtsprechung		
Freiwillige Gerichtsbarkeit		
1. MRVO Nr. 84 Art. VI Z. 17; HöfO § 13; LwVG §§ 1 Z. 5, 12, 50, 60. — Ansprüche aus dem vor dem Landwirtschaftsgericht in einem Zuweisungsverfahren geschlossenen Vergleich über eine Abfindungsergänzung bei Veräußerung von Zuweisungsgrundbesitz sind vor dem Landwirtschaftsgericht und nicht vor dem Prozeßgericht geltend zu machen. — Die Abgabe der Sache vom Landwirtschaftsgericht an das Prozeßgericht ist mit der Beschwerde anfechtbar. OLG Köln vom 19. April 1961 — 2 Wlw 7 61	270	
2. BodenreformG NW § 26 Nr. 1a—c; 3. DVO § 14 III; Gemeinsame Anordnung der Landesämter für Flurbereinigung und Siedlung vom 21. Mai 1960 (MBl. NW 60, 1703 f.). — Zu den Voraussetzungen des Siedlereignungsscheines bei dem Sohn eines Bauern aus der Sowjetzone, der früher in		
der Landwirtschaft tätig war, jetzt aber in der Bundesrepublik Industriearbeiter ist. — Zur Gültigkeit der Gemeinsamen Anordnung der Landesämter für Flurbereinigung und Siedlung vom 21. Mai 1960 (MBl. NW. 60, 1703 f.). OLG Hamm vom 14. März 1961 — 10 Wlw (BoR) 138/60		271
3. GBO § 15; RNotO § 26 III. — Wird beantragt, bei allen im Range vor- und gleichstehenden Grundpfandrechten Löschungsvormerkungen einzutragen, obwohl solche Grundpfandrechte nicht bestehen, so handelt es sich nicht um einen gegenstandslosen Antrag im Sinne des Grundbuchsrechts. — Der Notar kann in vereinfachter Form nur die von ihm selbst kraft der gesetzlichen Ermächtigung des § 15 GBO gestellten Anträge zurücknehmen, nicht die in der notariellen Urkunde von den Beteiligten gestellten. OLG Hamm vom 22. September 1960 — 15 W 207/60		273
4. GBO §§ 18, 29, 53. — Auch wenn das Grundbuchamt eine Urkunde gegen den Willen des Einreichers als Grundlage für eine von einem anderen beantragte Eintragung verwendet hat und wenn dadurch die Verwirklichung des Begehrens des Einreichers unmöglich gemacht worden ist, kann ein Amtswiderspruch nur eingetragen werden, wenn das Grundbuch durch die Eintragung unrichtig geworden ist. OLG Hamm vom 28. März 1961 — 15 W 318/59		274
5. BGB §§ 1018, 1019; §§ 18, 71. — In Grundbuchsachen gibt es keinen beschwerdefähigen Vorbescheid. — Es ist rechtlich zulässig, das gesamte Grundstück mit einer Grunddienstbarkeit zu belasten, die nur auf einem Grundstücksteil ausgeübt werden kann. OLG Hamm vom 7. Juli 1961 — 15 W 211/61		275

— MBl. NW. 1961 S. 1770.

Einzelpreis dieser Nummer 1,50 DM.

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,25 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 8,— DM, Ausgabe B 9,20 DM.